Bericht und Antrag

der

nationalrätthlichen Kommission in der Rekursache der Regierung von Luzern, betreffend die Preßprozeßangelegenheit des Konrad Kneubühler von Willisau.

(Vom 1. Februar 1862.)

Tit. I.

Der Thatbestand der in der Ueberschrift bezeichneten Rekursache ist in dem Berichte der ständerätthlichen Kommission im Wesentlichen richtig dargestellt. Wie Sie aus dieser Darstellung entnehmen, hat das Obergericht des Kantons Luzern sich im Jahre 1859 veranlaßt gesehen, gegen Konrad Kneubühler, als Herausgeber des „Volksfreundes“ von Willisau, wegen eines in No. 95 des genannten Blattes erschienenen Artikels, in welchem dasselbe die Anschulldigung der Bestechung zu finden glaubte, eine Preßklage zu erheben und ein Untersuchungsverfahren durch einen außerordentlichen Verhörrichter anzuordnen. Die Untersuchung begann mit außerordentlichen Maßnahmen, wie sie nur bei schweren Verbrechen gesetzlich zulässig sind, nämlich mit einer Haussuchung und der Verhaftung des Angeschulldigten während 11 Tagen. Untern 27. Dezember 1860 fällte das Bezirksgericht von Willisau in der Sache sein Urtheil aus, wonach Kneubühler des eingeklagten Vergehens schuldig erklärt und zu einer Gefängnißstrafe von 14 Tagen und zu einem Theile der Kosten verurtheilt wurde. Gegen dieses Urtheil ergriffen sowohl der Angeklagte als die Staatsanwaltschaft die Appellation. Zugleich refusirte aber der Erstere das Obergericht von Luzern, wegen persönlicher Betheiligung seiner

Mitglieder, und verlangte die Anweisung eines unparteiischen Gerichtes. Dieses Begehren wurde jedoch Seitens der Staatsbehörden von Luzern abschlägig beschieden, aus dem Motive, daß die Bestellung eines außerordentlichen Obergerichtes nach Luzerner Gesetzen unstatthaft sei.

Infolge dessen wandte sich Kneubühler mit einer Beschwerde an die Bundesbehörden. Der Bundesrath fand die Beschwerde gerechtfertigt, weil die Weigerung der Luzerner Behörden gegen den Art. 45 der Bundesverfassung verstoße; der Ständerath hingegen verwirft dieselbe, aus dem Motive, daß weder eine Verletzung der Bundesverfassung, noch der Kantonsverfassung von Luzern vorliege.

Ihre Kommission kann jedoch diese Ansicht nicht theilen; vielmehr beantragt sie bei Ihnen die Aufrechthaltung des bundesrätlichen Entscheides. In Betreff der Begründung dieses Entscheides geht sie jedoch etwas weiter als der Bundesrath. Sie hält nämlich dafür:

- 1) die Verweigerung der Bestellung eines unparteiischen Gerichtes qualifizire sich principiell und abgesehen von der Natur des Falles zu einer Verfassungsverletzung;
- 2) jedenfalls verstoße die fragliche Weigerung im Fragefalle gegen die Bestimmungen der Bundesverfassung.

Zur Begründung dieser Sätze erlaubt sich Ihre Kommission die folgenden Bemerkungen:

I.

Das Obergericht des Kantons Luzern ist nach seiner Anschauungsweise in dem vorliegenden Preßfalle durch den Vorwurf der Bestechung verleumdet worden, die Ehrverletzung ist eine solche, welche die Gesamtheit seiner Mitglieder persönlich trifft, indem es sich um ein Verbrechen handelt, welches den Personen der einzelnen Richter zur Last fielen, und überdies ist auch die Klageanhebung und Anordnung der Strafuntersuchung von dem verletzten Obergerichte ausgegangen. Nun ist zwar der Grundsatz, daß ein Richter nie urtheilen dürfe in eigener Sache oder überhaupt, wo bei ihm ein persönliches Interesse an dem Ausgange des Streites vorwaltet, weder in der eidgenössischen Bundesverfassung, noch in der Verfassung von Luzern ausdrücklich ausgesprochen.

Nach der Ansicht Ihrer Kommission fließt aber dieses Prinzip so sehr aus der Natur der Sache, aus dem Begriffe des Staates und aus dem Grundsätze der Gleichheit vor dem Gesetze, daß das Nichtvorhandensein eines ausdrücklichen, dasselbe sanktionirenden Verfassungsartikels einzig der Selbstverständlichkeit desselben beizumessen ist. Dessen Anerkennung bildet in Wahrheit die erste und Grundbedingung der Gerechtigkeit und dasselbe findet sich auch in allen civilisirten Staaten anerkannt. Wenn sich daher in der Bundesverfassung und der Luzerner-Staatsverfassung auch gar keine positiven Anhaltspunkte für die Sanction des fraglichen Prin-

eips fänden, so müßte dasßelbe nichtßdestoweniger als in dem Sinne und Geiste dieser Verfassungen begründet anerkannt werden.

Die angeführten Verfassungen enthalten jedoch Bestimmungen, aus welchen die Anerkennung des angeführten Princips mit Nothwendigkeit gefolgert werden muß. Die Art. 4 der eidg. Bundesverfassung und Art. 5 der Luzernerverfassung garantiren vorerst die Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetze. Diese Gleichheit wäre aber aufgehoben, wenn es irgend einer Staatsbehörde ausnahmsweise zustände, in eigener Sache zu urtheilen. Nach Art. 50 der Luzernerverfassung haben die Mitglieder des Obergerichtes im Großen Rathe den Austritt zu nehmen, wenn über die Rechnungen und die Verwaltung, oder über Rechenschaftsberichte der erstgenannten Behörde abgestimmt wird, wenn Privatn, Korporationen oder Gemeinden mit Beschwerden gegen dieselbe einkommen, so wie bei der Ertheilung von Vollmachten zur Führung von Rechtsstreitigkeiten des Staates, welche vor die oberste Instanz gezogen werden können, und die Art. 71, 77 und 79 sehen überdieß die Ernennung von Ersazmännern bei den verschiedenen Gerichtsbehörden zur Ersetzung der ordentlichen Mitglieder „in Fällen des Austrittes“ vor. Allerdings findet sich hier nicht auch bestimmt, unter welchen Voraussetzungen eine Gerichtsperson sich bei der Verwaltung des Richteramtes zurückziehen habe, resp. refusirt werden könne, vielmehr überläßt die Verfassung die nähere Ausführung der dießfälligen Grundsätze der Gesetzgebung. Unbestreitbar ist es aber, daß wenn durch die angeführten Verfassungsbestimmungen im Großen Rathe die Theilnahme der Mitglieder des Obergerichtes an allen Verhandlungen, bei welchen diese Behörde betheiltigt erscheint, oder in Folge welcher die Unbefangtheit ihres Urtheils für die Folgezeit irgendwie getrübt werden dürfte, ausgeschlossen ist, die nämlichen Grundsätze mit doppeltem Grunde auch zur Anwendung kommen müssen bei der Verwaltung des Richteramtes. Die Rücksichten, welche für den Ausschluß der Oerrichter bei den angeführten Verhandlungen im Großen Rathe sprechen, sind bei weitem nicht so gewichtig, wie diejenigen, welche die Ausschließung eines in der Sache betheiltigten Richters von der Theilnahme an der Urtheilßfällung gebieten; denn in den ersterwähnten Fällen kommen wesentlich bloß allgemeine administrative Interessen in Frage, und die Mitglieder des Obergerichtes, welche zufällig in dem Großen Rathe sitzen, bilden zudem stets eine kleine Minorität; bei der Ausübung des Richteramtes aber stehen Leben, Freiheit und Eigenthum der Bürger in Frage, und es ist auch nicht nur bei Preßvergehen, wie hier ein solches vorliegt, sondern selbst bei gewöhnlichen Civilrechtsstreitigkeiten der Fall leicht denkbar, daß das ganze Gericht, oder wenigstens der größere Theil seiner Mitglieder bei der Sache als betheiltigt erschiene.

Könnte übrigens Betreffs der Richtigkeit unserer Auslegung von Sinn und Geist und der allgemeinen Grundsätze der Luzernerverfassung noch ein Zweifel walten, so fänden sich diese jedenfalls gehoben durch

die ergänzenden Vorschriften der Gesetzgebung. Das Gesetz über die Verantwortlichkeit der Behörden und Beamten vom 10. September 1842 enthält in dieser Beziehung vorerst in Art. 4 die allgemeine Vorschrift, daß jedes Mitglied einer Behörde, welchem von dem Entscheide einer Angelegenheit Nutzen oder Schaden an seinem Privatgute oder an seiner Ehre erwachsen könne, bei der Berathung und Abstimmung über eine solche Angelegenheit sich in Auszustand zu begeben haben; der Art. 5 fügt bei, daß wenn ein einzelner Beamter, welchem geschlich die Untersuchung oder der Entscheid in der Sache zukommt, sich in einem der angeführten Auszustandsfälle befinde und kein ordentlicher Stellvertreter eines solchen Beamten vorhanden sei, jede Partei von der unmittelbar vorgesetzten Behörde derselben „für den gegebenen Fall die Anweisung eines „unparteiischen Beamten, behufs der Untersuchung oder Entscheidung“ begehren könne, — und der Art. 39 steht überdies bei Anklagen gegen ein einzelnes Mitglied oder gegen mehrere Mitglieder des Obergerichtes die Erziehung derselben durch außerordentliche Stellvertreter vor. Es ist daher irrig, wenn behauptet wird, die Luzernergesetzgebung sehe die Refusation des Obergerichtes und die Bestellung eines unbeeiligten Gerichtes durch die Ernennung außerordentlicher Erfahrmänner nicht vor; das Gegentheil erhellt vielmehr klar aus den angeführten Artikeln des Verantwortlichkeitsgesetzes.

Eben so irrig ist die Behauptung, das Luzernerstrafgesetzbuch lasse bloß die Refusation einer bestimmten Anzahl von Mitgliedern zu. Der dießfalls angerufene Art. 135 ist vorerst hier überhaupt nicht anwendbar. Derselbe bezieht sich nämlich bloß auf das Refusationsrecht in Kriminalfällen, während in Beziehung auf Polizeistrafsachen der Art. 78 eine spezielle Vorschrift enthält, des Inhaltes: „Ein Mitglied des Gerichts, das in der betreffenden Sache als Zeuge verworfen werden könnte oder bei derselben ein persönliches Interesse hat, befindet sich im Auszustande.“ Das angeführte Citat ist zudem auch ungenau und unrichtig; denn der vorhergehende Art. 134 enthält vorerst eine allgemeine Vorschrift über das Refusationsrecht des Angeeschuldigten aus bestimmten Gründen, zu welchen namentlich persönliches Interesse oder Feindschaft eines Richters gezählt werden, und der Art. 135 fügt bei: „Bei dem Appellationsgerichte ist der Beklagte überdies be- „rechtigt, bei der Beurtheilung vier Richter, ohne Ursachen dafür an- „geben zu müssen, auszustellen, die dann aber durch Suppleanten ersetzt „werden müssen.“ Der angeführte Artikel enthält somit lediglich eine Erweiterung des Refusationsrechtes des Angeschuldigten in Kriminalsachen.

Es dürfte zwar eingewendet werden, die angeführten Gesetzesbestimmungen können bei der vorliegenden Beschwerdeangelegenheit nicht in Frage kommen, da der Bund nur in Beziehung auf Verstöße gegen die Bundesverfassung oder die Verfassungen der Kantone zu interveniren berechtigt sei. Dieser Einwurf wäre jedoch nicht gerechtfertigt, denn die angeführten

Gesetzesvorschriften sind öffentlich rechtlicher Natur; wir haben zudem oben nachgewiesen, daß dieselben lediglich die Ausführung eines in dem Begriffe des Staates liegenden und auch durch die Luzernerverfassung anerkannten Grundgesetzes enthalten, und selbst abgesehen hievon garantirt der Art. 5 der Bundesverfassung nicht bloß die Vollziehung der Bestimmungen der Verfassungen der Kantone, sondern überdieß auch die Freiheit und Rechte des Volkes im Allgemeinen.

Ebenso unhaltbar ist der fernere in dem Berichte der ständeräthlichen Kommission enthaltene Einwurf, eine Verletzung der Verfassung und Gesetzgebung des Kantons Luzern sei im Fragefalle nicht behauptet worden. Es genügt, daß eine Beschwerde vorliegt; die Prüfung ihrer rechtlichen Begründetheit ist Sache der amtlichen Thätigkeit der Behörden.

II.

In zweiter Linie hält Ihre Kommission dafür, es liege in der Verweigerung eines unparteiischen Gerichtes für die Beurtheilung der vorwüthigen Preßprozeßangelegenheit jedenfalls eine Verletzung des Art. 45 der schweiz. Bundesverfassung. In dieser Beziehung pflichtet Ihre Kommission vollständig der, die Grundlage der bundesräthlichen Schlußnahme bildenden Ausführung bei, und kann namentlich den Standpunkt der ständeräthlichen Kommission, wonach die Bundesbehörden bloß in Beziehung auf die Bestimmungen der Preßgesetze der Kantone im eigentlichen und engeren Sinne ein Ueberwachungs- und Interventionsrecht besäßen, nicht theilen. Denn es ist einleuchtend, daß die Preßfreiheit durch die Duldung gesetzwidriger und willkürlicher Strafverfolgungen in dem gleichen Maße beeinträchtigt werden kann, wie durch die Strafbestimmungen eines Preßgesetzes; und sobald daher im Spezialfalle eine solche Verletzung nachgewiesen ist, so kann auch die Bundeskompetenz gemäß Art. 45 der Bundesverfassung keinem Zweifel unterliegen.

Der Bericht der ständeräthlichen Kommission wendet zwar ein, die Preßgesetzgebung des Kantons Luzern sei von dem Bundesrathe geprüft und genehmigt worden, der Mangel liege aber in der allgemeinen Gerichtsorganisation, und in Beziehung auf diese stehe dem Bunde kein Recht der Einmischung zu. Dieser Einwurf beruht wieder auf Irrthum. Wir haben eben nachgewiesen, daß nach der Verfassung und Gesetzgebung von Luzern es möglich ist, für die Beurtheilung des in Frage stehenden Preßfalles ein unparteiisches Gericht anzuweisen, und zwar auf sehr einfache Weise, durch die Ernennung einer Anzahl außerordentlicher Ersatzmänner. Der Fehler liegt also nicht in der allgemeinen Gerichtsorganisation, sondern in dem Mangel an gutem Willen der Behörden. Angenommen aber auch, die Gerichtsorganisation von Luzern wäre so mangelhaft, daß es nicht möglich wäre, im gegebenen Falle ein unparteiisches Gericht zu finden, so läge hierin nur eine um so stärkere Aufforderung an die Bundesbehörden, zum Schutze der durch einen solchen Rechtszustand bedrohten Preßfreiheit einzuschreiten.

Es wird ferner eingewendet, nach der bisher befolgten Gerichtspraxis sei in Luzern vor 1848 der Fall häufig vorgekommen, daß das Obergericht über gegen dasselbe gerichtete Verunglimpfungen entschieden habe, und die Behörde könne zudem in einem solchen Falle denn doch nicht im eigentlichen Sinne des Wortes als Partei angesehen werden. Die angeführte Praxis ist aber zunächst nicht maßgebend, um so weniger, als die angerufenen Entscheidungen sämmtlich vor der Einführung der neuen Bundesverfassung stattgefunden haben. Abgesehen aber auch hievon muß unterschieden werden zwischen Fällen, wo es sich um eine Verletzung des Anstandes oder der dem Richteramte schuldigen Achtung handelt, und Verunglimpfungen, durch die die Mitglieder des Gerichts sich persönlich verletzt finden. Bei Fällen der erstern Art entscheidet allerdings das Gericht, gegenüber welchem die Achtungsverletzung stattgefunden hat, in der Regel selbst, als Disciplinarbehörde, und es läßt sich auch hiegegen mit Grund nicht viel einwenden, da die Verletzung nicht den einzelnen Richter, sondern das richterliche Ansehen im Allgemeinen trifft. Anders verhält es sich aber bei Anschuldigungen, durch welche einzelnen oder den sämmtlichen Mitgliedern eines Gerichts verbrecherische Handlungen imputirt werden, wie dieß bei dem Vorwurfe der Bestechung der Fall ist. Hier finden sich die einzelnen Richter persönlich in ihrer Ehre verletzt und sind daher in der Sache Partei. Hierzu kommt überdieß, daß das Obergericht des Kantons Luzern in der vorwürfigen Preßangelegenheit wirklich als Kläger aufgetreten ist und die Strafverfolgung durch einen außerordentlichen Verhörrichter angeordnet hat, und daß diese Untersuchung in einer Weise geführt wurde, welche nicht geeignet ist, die Erwartung eines vorurtheilsfreien Urtheils zu begründen.

Endlich wird geltend gemacht, wenn auch von dem Standpunkte einer freien Kritik aus zugegeben werden müsse, daß die Anweisung eines unparteiischen Gerichtes für Fälle der vorliegenden Art als wünschbar erschiene, so sei doch der Uebelstand dadurch wesentlich gemildert, daß dem Angeschuldigten ein ausgedehntes Refusationsrecht zustehe, und daß in erster Instanz ein völlig unbetheiligtes Gericht entschieden habe, dessen Urtheil nicht von dem Staate, sondern einzig von dem Angeschuldigten auf dem Wege der Appellation angefochten werde. Die ständeräthliche Kommission findet sich hier wieder im Irrthum. Wie oben nachgewiesen worden, besteht das Recht der Refusation von vier Mitgliedern des Obergerichts ohne Anführung von Gründen nur in Kriminalfällen, und wenn daher in casu dem Angeklagten nicht gestattet ist, aus Grund persönlicher Betheiligung das ganze Gericht zu refusiren, so hat er dieses Recht auch nicht in Beziehung auf einzelne Mitglieder desselben: er besitzt also gar kein Refusationsrecht. Ansehend das Urtheil des Bezirksgerichts von Willisau, so wird allerdings nicht bestritten, daß dieses Gericht in der Sache unbetheiligt ist; allein der Angeschuldigte hat laut Verfassung und Gesetz ein unbestreitbares Recht auf zwei unparteiische Instanzen, und es ist übrigens auch unrichtig, daß bloß der Angeschuldigte gegen

das fragliche Urtheil die Appellation ergriffen habe, vielmehr, wie Eingang erwähnt, auch der Staatsanwalt dieß gethan hat.

Ihre Kommission *) (Niggeler, Waller und Casliſch) ſtellt daher den Antrag, es ſei der Rekurs des Regierungsrathes von Luzern d. d. 28. Auguſt 1861 abzuweiſen.

Bern, den 1. Februar 1862.

Der Berichtſtatter:
Niggeler.

A n t r a g

der

nationalrätthlichen Kommission in der Rekursangelegenheit der
Regierung von Luzern, betreffend Preßfreiheit.

Die Bundesversammlung
der ſchweizeriſchen Eidgenoſſenſchaft,

nach Einſicht einer Rekursbeſchwerde des Regierungsrathes des h. Standes Luzern d. d. 28. Auguſt 1861 gegen den Beſchluß des Bundesrathes vom 12. April 1861, betreffend Rechtsverweigerung in Sachen des Konrad Kneubühler von Willisau, der Antwoſtschrift des Legtern vom 3. Dezember 1861 und der weitem ſachbezüglichen Akten;

in Erwägung:

1. Daß die Weigerung, dem Konrad Kneubühler zur Beurtheilung der von dem Obergerichte des Kantons Luzern gegen ihn erhobenen An-

*) Herr Wuilleret war abweſend, und Herr Gilti mußte ſich von der Kommiſſionsſitzung entfernen, hat jedoch dem Berichtſtatter mündlich ſeine Zuſtimmung zu dem Antrage erklären laſſen.

Bericht und Antrag der nationalrätlichen Commission in der Rekursache der Regierung von Luzern, betreffend die Preßprozeßangelegenheit des Konrad Kneubühler von Willisau (Vom 1. Februar 1862.)

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1862
Année	
Anno	
Band	1
Volume	
Volume	
Heft	06
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	04.02.1862
Date	
Data	
Seite	296-302
Page	
Pagina	
Ref. No	10 003 614

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.